

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Wahlraub in Preußen?

Ein Schlag gegen die Jungwähler

Heraufsetzung des Wahlalters?

Seitens der Wirtschaftspartei liegt dem Preußischen Landtag ein Gesetzentwurf vor, der die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre vorsieht. Einem Beschluß des Ältestenrats folgend, wird der Preußische Landtag sich am Freitag mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen.

Mit dem Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei holt die Reaktion zu einem neuen Schlage aus. Die Jungwähler sollen ihres Wahlrechts beraubt werden. Wieweit die Parteien diesen Gesetzentwurf unterstützen, muß sich noch ergeben. Es ist aber schon heute offenkundig, daß die gesamten alten bürgerlichen Parteien mit ihm liebäugeln, weil sie damit die Hoffnung verbinden, ihren Zerfall noch aufhalten zu können.

Die entscheidende Frage ist, wie sich die SPD zu diesen Plänen stellen wird. Eigentlich sollte von ihr als sicher angenommen werden, daß sie eine derartige Zumutung weit von sich weist. In Wirklichkeit bestehen aber auch in sozialdemokratischen Kreisen für den Plan der Wirtschaftspartei bestimmte Sympathien, und sei es nur, weil man hofft, auf diese Weise Hitler treffen zu können. Es wäre dies nur die logische Fortsetzung des bedingungslosen Eintretens für Hindenburg bei der Präsidentenwahl. Jedenfalls glaubt die demokratische Presse bereits mit dem Zustandekommen eines Kompromisses in der Weise rechnen zu können, daß das Wahlalter zwar nicht auf 25, wohl aber auf 24 Jahre festgesetzt wird.

Würde die Sozialdemokratie in der Tat einem solchen Kompromiß den Segen erteilen, dann wäre dies nur eine neue Illustration dafür, wo schließlich eine Arbeiterpartei landen muß, die glaubt, den Klassenkampf durch Taktik ersetzen zu können und die die Machtverhältnisse nur vom rein parlamentarischen Gesichtspunkt aus sieht: bei der Aufhebung gerade derjenigen Rechte, um die sie angeblich den Kampf führt.

50 000 Stimmen — 1 Preußenmandat

Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Wahlquotienten für die preußischen Wahlen auf 50 000 festzusetzen. Der Wahlquotient war früher 40 000 und wurde durch die preußische Sparverordnung auf 60 000 erhöht. Es ist nunmehr eine Verordnung der Staatsregierung zu erwarten, durch die die preußische Sparverordnung abgeändert wird. Bei den kommenden Preußenwahlen wird also auf 50 000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Der neue Preußische Landtag, für den man 350 Abgeordnete erwartete, wird danach voraussichtlich zwischen 400 und 450 Abgeordnete zählen.

Wahländerung in Preußen

Berlin, 16. März 1932.

Der Preußische Landtag verabschiedete am Mittwoch einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Abänderung des

preußischen Wahlgesetzes in Zukunft beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht automatisch der Listennachfolger in den Landtag eintreten soll. Die Entscheidung über den Nachfolger wird in die Hand der Parteiorganisationen gelegt.

Blockbemühungen in Preußen

Berlin, 16. März 1932.

Gegenüber der Meldung, daß die Landvolkpartei über die Bildung eines bürgerlichen Wahlblocks für die Preußenwahlen verhandelt habe, stellt die Landvolkpartei fest, daß sie an solchen Verhandlungen in keiner Weise beteiligt war.

Durch dieses Dementi wird zugleich klar, daß andere bürgerliche Parteien sich um einen solchen Block bemühen.

Kritik der „Prawda“

CNB. Moskau, 15. März 1932

Moskauer Blätter befassen sich bei der Besprechung des Ergebnisses der Präsidentenwahl in erster Linie mit dem geringen und unter den hiesigen Erwartungen gebliebenen Zunehmen der kommunistischen Stimmen. „Prawda“ sagt, das ungenügende Resultat zeuge davon, daß die Zunahme des kommunistischen Einflusses hinter den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

Viel zu wenig!

Französische Arbeitslosenfürsorge

Paris, 16. März 1932.

Die französische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung einen Zusatzbetrag von zweiundert Millionen für den nationalen Arbeitslosenfonds bereitzustellen ermächtigt wird. Der kommunistische Abgeordnete Cachin bekämpfte die Arbeitslosenpolitik der Regierung, weil sie nur mit 260 000 offiziell eingeschriebenen Arbeitslosen rechnet, während, wie er sagte, die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich in Wirklichkeit eine Million betrage.

Etat angenommen

Paris, 16. März 1932.

Die Kammer hat in einer Nachsitzung den Einnahmehaushalt verabschiedet und den Gesamthaushalt für 1932 mit 386 gegen 133 Stimmen angenommen. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich wie folgt: Einnahmen 41 184 541 481 Franken, Ausgaben 41 179 808 080 Franken. Einnahmeüberschuß mithin 4 733 401 Franken.

**Prinzipienerklärung der SAP:
Siehe den Vorschlag des
Partei Vorstandes an anderer
Stelle**

Deutschlands Donaubund-Antwort

Auf den französischen Donaubund-Plan hat die deutsche Regierung nunmehr geantwortet und sich dabei stark an die italienische Entgegnung angelehnt. Die Quintessenz der deutschen Antwort, die „prinzipielle“ Zustimmung enthält, geht darauf hinaus, daß die Zusammenfassung der Donaubundstaaten unter sich nicht genüge, sondern daß von Anfang an die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands heranzuziehen seien. Im übrigen aber betont die deutsche Note, daß das alles doch nur Zukunftsmusik wäre (aus der diplomatischen in die gewöhnliche Sprache übersetzt!) und daß Oesterreich und Ungarn sofort geholfen werden müßte. In diesem Zusammenhang wird dann natürlich der deutsche Plan herausgestrichen. Man wird also vorläufig mehr Diplomatengerede vernehmen als welterschütternde Taten. Doch wird die Arbeit zur Organisierung Mittel- und Osteuropas deshalb nicht aufgegeben und es bleibt notwendig, die Rivalitätskämpfe sehr sorgfältig zu beobachten.

„Abrüstungskonferenz“ macht Ferien

Genf, 16. März 1932

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag beschlossen, die Arbeiten der Konferenz Erde dieser Woche zu unterbrechen und am 11. April wieder aufzunehmen.

Kostspieliger Militarismus

Tokio, 16. März 1932.

Die Regierung hat heute ein 5proz. Anleihe in Höhe von 87 500 000 Yen (1 Yen = 1,35 M.) zum Emissionskurs von 86,40 Yen ausgeschrieben, die in 50 Jahren zu tilgen ist. Sie ist zur Deckung der Ausgaben für militärische Operationen bestimmt.

Neue Grubenkatastrophen

Vier Tote

Eger, 16. März 1932.

Auf den beieinander liegenden Gruben Mariahilf und Matthias in Zwodau bei Falkenau entstand aus bisher noch nicht ermittelter Ursache ein Brand. Von den 17 unter Tage arbeitenden Bergarbeitern konnten nur 15 gerettet werden, vier Bergarbeiter fanden den Tod.

*

Zehn Tote

Tokio, 16. März 1932.

Bei einer Gasexplosion in der Grube Futago im Bezirk Nagasaki sind zehn Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden.

Lektion für die SPD

† Der „Populaire“ vom Montag bietet einen interessanten Anschauungsunterricht für eine mißverständliche internationale „Solidarität“. In der ersten Spalte der Hauptseite beglückwünscht Léon Blum die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem „Erfolg“ bei der Reichspräsidentenwahl, worüber wir kein Wort mehr verlieren wollen. In der letzten Spalte derselben Seite erteilt Paul Faure eine mimagnären Interpellanten eine Lektion über Sozialismus, die nichts anderes ist als die schärfste Verurteilung der sozialdemokratischen Politik seit 1914 oder, um erst bei der Nachkriegszeit anzufangen, seit der Revolution.

Wird die Sozialistische Partei, so läßt Faure seinen vorgestellten Interpellanten fragen, sich an einer kommenden Regierung beteiligen? Und Paul Faure antwortet, ohne den Beschlüssen eines künftigen Parteitag vorzugreifen zu wollen, aber in der Sache doch absolut sicher, für seine Person mit einem glatten: Nein. Und er begründet es u. a. so: „Der Sozialismus kann die Macht ergreifung nur ins Auge fassen, um die kapitalistischen Kräfte zu brechen.“

Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge jedoch sind alle Regierungen lediglich das Spielzeug oder die Agenten dieser Kräfte.

Die großen Firmen der Finanz und der Industrie haben in der Tat alle Stellhebel in der Hand. Sie dulden auf der Ministerbank nur Genasführer oder Helfershelfer. Sie haben mehr als je ihre Hand auf den öffentlichen Geldern, sie kontrollieren die ganze Presse. Es gibt keine unabhängige Zeitung, es gibt keinen unabhängigen Journalisten mehr. Klassenstaat, so sagten gestern unsere Lehrmeister des Sozialismus, zu einer Zeit also, wo die Macht des Kapitalismus zerstückelt war, vergleichbar einem zerbrochenen Spiegel, wo es, zum mindesten bei uns, eine bedeutende republikanische Ideologie, eine mächtige demokratische Mystik gab, die zuweilen einen glücklichen Einfluß ausüben und der Sozialreaktion Widerstand leisten konnten. Und trotzdem, es war ein Klassenstaat und das letzte Wort behielt immer die besitzende Klasse.

Aber heute kann davon nicht mehr die Rede sein. Der Staat ist ein Werkzeug des Kapitalismus.

Die Politik der Regierungen, die Ernennung der Minister hängt weder ab vom Spiel der parlamentarischen Institutionen noch von der Wahl des Präsidenten der Republik; das alles ist nichts als Fiktion und Schein. Eine Oligarchie der Finanz über Grenzen, Völker und Religionen hinweg beherrscht die Innen- und Außenpolitik des Staates.

Was sollten wohl unter diesen Bedingungen die Sozialisten in einer Regierung tun, sei es durch Teilnahme an der Macht, sei es selbst durch Ausübung der Macht? Ich wiederhole: sie werden die Regierung nur übernehmen,

um den Klassenstaat zu zerbrechen und die Arbeiterrepublik zu schaffen. Ausgerechnet dazu wird Herr Doumer uns berufen!“

Nach dem 13. März

Ist's nicht, wie gesagt, die Verurteilung der deutschen Sozialdemokratie? Was war sie in den verschiedenen Koalitions-Regierungen? Das Spiel- und Werkzeug der kapitalistischen Mächte! Welchen Staat stützt sie durch die Hindenburgwahl? Den Klassenstaat, wie Faure ihn geschildert hat, die Gegenrevolution, die Ausbeuterklippe... und den Faschismus!

Und gab es denn keinen anderen Weg? Lassen wir Paul Faure weiterreden, lassen wir ihn antworten auf die Frage: Was aber dann?

„Alle unsere Kräfte sammeln, um gegen die Verbrechen des Kapitalismus zu kämpfen, unseren Einfluß steigern und die Ausbreitung unserer Presse, die großen und unwiderstehlichen volkstümlichen Strömungen erregen, indem wir das Vertrauen der Massen erringen durch unsere unwiderstehliche Ueberzeugung und die Klarheit unserer Haltung. Da die internationalen ökonomischen Ereignisse uns helfen, wird die Stunde des sozialistischen Proletariats, des bin ich sicher, bald schlagen.“

Ich kenne selbst Kapitalisten, die daran nicht zweifeln. Es wäre der Gipfel, wenn der Zweifel von uns ausginge. Das wird nicht sein!

Welche Lektion, welche Ohrfeige für die Führer der deutschen Sozialdemokratie! Von ihnen ging der Zweifel an der guten Sache des Proletariats aus. Sie haben den Kleinmut in die Köpfe der Arbeiterschaft gehämmert. Sie haben alles gesetzt auf das parlamentarische Spiel, auf Trug und Schein, das Vertrauen von Massen verspielt, weil sie selbst keins in die Sache des Sozialismus, in die Massen hatten. Statt Ströme unwiderstehlichen revolutionären Willens zu erzeugen, haben sie die Quellen verstopft.

Ein Jammer, daß die französischen Sozialisten selbst nicht merken, wie sie die Sache des internationalen Proletariats schädigen, wenn sie die deutsche Sozialdemokratie bei ihrer proletarierfeindlichen Politik decken, wenn sie sie mit anderem Maße messen als sich selbst. Obwohl doch in Deutschland nichts, aber auch nichts von den demokratischen republikanischen Kräften vorhanden ist, die es immerhin in Frankreich noch gibt, mag ihre Gegenwirkung heute auch noch so verringert sein. So machen sie sich mitschuldig an der Verführung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, statt daß sie den französischen Genossen sagten, was ist, ihnen offenbaren, daß die Klarheit der Haltung, die unwiderstehliche Ueberzeugung, von der Paul Faure spricht, heute längst nicht mehr bei der SPD, wohl aber bei der Sozialistischen Arbeiterpartei zu finden ist.

12 Prozent Reichsbank-Dividende

Im Gegensatz zu den Privatbanken kann sich die Reichsbank über die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres nicht beklagen. Umsätze und Rohgewinne haben sich außerordentlich stark vermehrt. Das erklärt sich aus den besonderen Funktionen dieses Instituts. Die Reichsbank hat nicht nur den Geldumlauf in der Hand, sondern sie ist auch das große Pumpwerk für Kredite. Ihre Erlöse aus dieser Tätigkeit steigen einmal mit dem Umfang ihrer Inanspruchnahme, zum anderen aber mit der Höhe der Diskontsätze. Im Zug der Krise haben auch alle diese Gewinnquellen einen Zug ins Große übernommen. Demgemäß stieg auch der Rohgewinn von 127 auf 209 Mill. RM. So stark dieses Wachstum indessen auch ist, so wenig ist anzunehmen, daß damit die in Wirklichkeit eingetretene Rohgewinnsteigerung auch völlig erfaßt wurde.

Alle Umstände sprechen vielmehr dafür, daß erhebliche Teile des Rohgewinnes sich schon vor der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung verflüchtigt haben.

Gleichwohl weist die Reichsbank einen von 40,0 auf 13,3 Mill. RM. verminderten Reingewinn auf, was sich dadurch erklärt, daß die Reichsbank eine offene Ueberweisung an den Delkrede-Fonds in Höhe von rund 94 Millionen RM. vorgenommen hat. Diese ungewöhnlich große Rückstellung steht wieder in engstem Zusammenhang mit der vor kurzem erfolgten Massensanierung der deutschen Großbanken, zu deren Kosten die Reichsbank in der denkbar großzügigsten Weise herangezogen worden ist. Infolgedessen geht diesmal

das Reich leer aus,

da ihm statutengemäß nur ein Anspruch auf Teile desjenigen Gewinnes zusteht, der das Erfordernis einer 5prozentigen Dividende überschreitet. Um aber gleichwohl die Aktionäre in ihrem bisherigen Dividendengenuß nicht zu beschränken, sind den 12 Mill. RM., die nach Ueberweisung von 1,3 Mill. RM. an den gesetzlichen Reservefonds aus dem Reingewinn verbleiben 6 Mill. RM. aus einem Spezialreservefonds hinzugefügt worden, so daß wohl dafür gesorgt ist, daß das Reich keinen Pfennig, die Aktionäre aber wie bisher ihre 12-prozentige Dividende erhalten.

Die angewandte Rechenmethode ist zwar etwas umständlich, aber sie erfüllt ihren Zweck, wie ihn die Herren Kapitalisten begreifen.

Preußen-Koalition bankerott

Es ist kein Zweifel möglich daran, daß die Preußenwahlen stark von der Reichspräsidentenwahl beeinflusst werden. Da ist von besonderem Interesse eine Berechnung der in Preußen zur Präsidentenwahl abgegebenen Stimmen, die die „Vossische Zeitung“ vorgenommen hat. Das Ergebnis ist:

Duesterberg 1 825 158
Hindenburg 1 022 089
Hitler 6 844 854
Thälmann 3 724 687

Das heißt, daß die Hindenburg-Koalition, die ungefähr dieselbe ist wie die heutige Preußenkoalition, keine Mehrheit erhalten hat. 11 Millionen Hindenburg-Stimmen stehen 12,4 Millionen gegenüber. Da aber sowohl vom Gesichtspunkt des Einzelwählers wie parteimäßig (z. B. Deutsche Volkspartei) durchaus nicht alle Hindenburg-Stimmen für die Preußen-Koalition fallen werden, so ist sicher, daß die heutige preußische Regierung nach der Wahl unter keinen Umständen mehr eine Mehrheit haben wird.

Das Großkapital mit Hindenburgs Erfolg zufrieden

Berlin, 15. März 1932.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Mit großer Befriedigung wurde der Ausfall der Präsidentenwahl begrüßt. Der Parteivorstand richtete an die Gliederungen der Partei einen dringenden Appell, sofort mit den Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang zu beginnen, damit Hindenburgs Wiederwahl durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gesichert werde.

Das deutsche Großkapital ist also sehr zufrieden mit dem, was die SPD-Arbeiter bei der Präsidentenwahl erreicht haben. Ob die SPD-Proleten noch immer nicht merken, daß sie in der falschen Front kämpfen?

Bravo, SPD-Arbeiter!

Eine Niederlage für die „Eisernen“ brachte das Ergebnis der Präsidentenwahl in Probstzella (Thür.). Die Hindenburg-Parteien zählten bei der Reichstagswahl 1930 rund 750 Stimmen — darunter 577 SPD — und erreichten jetzt nur 517 Stimmen. Dafür wählten nicht nur die SAP-Anhänger, sondern auch die oppositionellen SPD-Genossen den Arbeiterkandidaten Thälmann mit 163 Stimmen. Bei der Reichstagswahl 1930 erhielten die Kommunisten nur 18 Stimmen. Damit hat sich die Probstzeller Arbeiterschaft tapfer und vorbildlich geschlagen. Das Ergebnis hätte aber noch wesentlich besser ausfallen können, wenn die KPD eine Taktik eingeschlagen hätte, die eine Mobilisation breiter proletarischer Massen ermöglichte.

Die Niederlage der KPD-Strategie

Thälmann-Parole: bürgerlich-sozialfaschistisch

Will man die Ursachen erkennen, aus denen eine den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende revolutionäre Massenmobilisierung bei der Reichspräsidentenwahl nicht zustande kam, so braucht man nur den folgenden Auszug aus einem Rundschreiben zu lesen, daß die Führung der KPD an alle Betriebszellen, Straßenzellen, Ortsgruppen und Fraktionen in den Massenorganisationen anlässlich der Reichspräsidentenwahl gerichtet hat. Es heißt dort:

„Dabei muß jeder Kommunist wissen: zum bürgerlich-sozialfaschistischen Wahlapparat gegen das Proletariat gehören auch die „linken“ Filialen der SPD, wie die SAP, die Brandleristen, die Trotzkisten usw. Alle diese Organisationen, die zum

Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie,

den schlimmsten Feinden und Verrätern des Proletariats gehören, haben die einzige Aufgabe, im Dienste des internationalen und des deutschen Kapitals, im Dienste der reaktionären Sozialdemokratie, deren Bestandteile sie sind, das Proletariat irrezuführen, die Kommunistische Partei zu bekämpfen,

das wirkliche Zustandekommen der roten Einheitsfront des Proletariats zu hemmen. („Im Dienste des Kapitals“ hat die SAP, der „Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie“, bekanntlich die Parole ausgegeben, sich für die Wahl Thälmanns einzusetzen! D. R. d. SAZ.) Deshalb gilt es insbesondere, den demagogischen Versuchen der „linken“ Sozialfaschisten (Seydewitz, Brandler, Urbahn & Co.) ihren Vorschlägen zur Bildung von Kartellen und heuchlerischen Angeboten der Einheit (mit den Sozialfaschisten) mit rücksichtsloser Schärfe entgegenzutreten; jedes, auch nur das leiseste Zeichen von Duldsamkeit gegenüber derartigen Manövern des „linken“ Sozialfaschismus, jeder Versuch, mit diesen Konterrevolutionären auch nur zu verhandeln, kommt einem Verrat gleich und erfordert die stärksten Maßnahmen der Parteidisziplin gegen diejenigen, die sich solcher Verhandlungen schuldig machen.“

Als dieselbe Führung, deren totale Unfähigkeit soeben durch das Resultat der Reichspräsidentenwahl erneut erwiesen wurde, im August vergangenen Jahres die Kommunistische Partei zur Teilnahme an dem faschistischen Volksentscheid mißbrauchte, schrieb die inzwischen eingegangene Tageszeitung der KPD (9. 8. 31):

„Uns fällt es schwer zu glauben, daß nur Unfähigkeit und keine anderen Motive diese politische Linie bestimmen. Vielleicht werden später einmal unter der proletarischen Diktatur die Polizeiakten Auskunft geben können.“

Man wird unwillkürlich an dieses harte Urteil erinnert, wenn man das vorstehend zitierte Rundschreiben liest. Bei alledem bleibt nur verwunderlich, wie die Führer des Restes der KPD, die Brandler und Thalheimer, der KPD-Führung wieder und wieder bestätigen, daß ihre Politik den kommunistischen Grundsätzen entspreche. Das müßten ja recht sonderbare kommunistische Grundsätze sein. In Wirklichkeit ist die Politik der KPD-Führung der reine Hohn auf den Kommunismus, und deshalb muß gegen diese Politik im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse, im Interesse des Kommunismus der schärfste Kampf geführt werden.

Keuch in der Harzbürger Front

Verfall des Stahlhelms

Seldte und Düsterberg erledigt — Will Hitler den Wahlkampf aufgeben?

Berlin, 16. März 1932.

Wie wir erfahren, hat der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, am Tage nach der Wahl, mit schweren Vorwürfen gegen die Stahlhelmführung begonnen. Unter Zugrundelegung bestimmter Resultate, insbesondere aus dem Bezirk Grenzmark, hat er den Nachweis zu führen versucht, daß die Stahlhelmverbände der Parole des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot für den ehemaligen Oberstleutnant Düsterberg zum größten Teil nicht gefolgt seien und statt dessen den gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg gewählt haben. Hugenberg hat darauf hingewiesen, daß er von allem Anfang an der Aufstellung Düsterbergs widerraten habe, weil er diesen für nicht genügend zugkräftig gegenüber dem Marschall und Ehrenpräsidenten des Stahlhelmbundes von Hindenburg angesehen habe und daß er nur dem Druck der Stahlhelmführung gewichen sei. Hugenberg hat sich auch geweigert, den größten Teil der Druckkosten und Agitationskosten-Rechnungen des Stahlhelms zu übernehmen, und der Stahlhelm hat daher seinen Gläubigern, vor allem dem Verlag der „Deutschen Tageszeitung“, die fast alle Wahlflugblätter und Plakate für Düsterberg gedruckt hat, mitgeteilt, daß er sich vorläufig außerstande sähe, diese Schulden zu begleichen. Hierüber wird in den nächsten Tagen noch mehr zu sagen sein.

Die Nationalsozialistische Partei hat die Wahlagitiation mit einem solchen Aufwand von Mitteln oder vielmehr von Krediten geführt, daß deren Begleichung heute in weite Ferne gestellt ist. Vorsichtige Schätzungen sprechen davon, daß sich die Gesamtkosten ihrer Wahlagitiation mindestens auf zehn, aller Wahrscheinlichkeit nach aber sogar auf elf Millionen Reichsmark belaufen.

In Berlin allein sind vom Gau der NSDAP für etwa 2½ Millionen Mark Druckaufträge für Flugblätter, Säulenplakate und Wahlzeitungen ausgegeben worden; die Gläubiger werden den größten Teil ihrer

Forderungen in den Schornstein schreiben müssen.

Noch bedenkllicher aber für die Schlagkraft der Nationalsozialistischen Partei ist der Umstand, daß eine ganze Reihe von Gauleitern der Partei in München mitgeteilt haben, daß ihre Leute durch den Wahlkampf bis aufs letzte ausgepumpt und erschöpft sind und allenfalls nach einer Ruhepause von mindestens vierzehn Tagen erst wieder zur neuen Agitation in Front gebracht werden können. Unter dem Druck dieser Mitteilungen wird, wie wir mit Sicherheit wissen, in München gegenwärtig die Frage diskutiert, ob Hitler nicht — unter Ausgabe einer neuen Parole — die Austragung des Wahlkampfes gegen Thälmann allein dem Feldmarschall Hindenburg überlassen soll. Es wird davon gesprochen, sich auf die Austragung des preußischen Wahlkampfes zu konzentrieren und die Nazi-Organisation aus dem zweiten Wahlgang um die Präsidentschaft zurückzuziehen.

Fingerhut freigesprochen

TU Wuppertal, 15. März 1932.

Unter großem Andrang des Publikums wurde heute das Urteil im Fingerhut-Prozeß verkündet. Das Urteil der großen Strafkammer des Landgerichtes Wuppertal-Elberfeld vom 13. Februar 1932, das wegen gewerbmäßiger Hehlerei auf 18 Monate Zuchthaus erkannt hatte, wird aufgehoben, soweit es den Angeklagten Fingerhut betrifft. Der Angeklagte wird freigesprochen, da kein begründeter Verdacht der Hehlerei mehr vorliegt. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Fingerhut war zur Last gelegt worden, Bohrer mit Krupp'schen Firmenzeichen abgeschliffen und als eigene Erzeugnisse verkauft zu haben.

Das faschistische „Paradies“

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die am 31. Januar 1932 betrug, ist zum 29. Februar nach amtlichen Angaben auf 1 147 945 gestiegen. Davon erhalten 302 000 Personen Arbeitslosenunterstützung.

Die Internationale der Sozialreaktion

Warschau, 15. März 1932

Der Sejm erledigte am Montag nachmittag eine Reihe von Regierungsvorlagen und Gesetzen, u. a. wurde eine Novelle zum Arbeitslosengesetz verabschiedet, durch die die Wartezeit um sechs Wochen verlängert und die Unterstützung um die Hälfte verringert wird.

Schließlich hat der Regierungsblock nach heftiger Aussprache gegen die gesamte Opposition die Vollmachten für die Regierung angenommen.

Verschärfter Wirtschaftskrieg gegen Polen

Berlin, 15. März 1932

Es ist damit zu rechnen, daß der Obertarif zum deutschen Zolltarif bereits in der aller-nächsten Zeit für eine Reihe polnischer Erzeugnisse in Kraft gesetzt wird. Es wird sich hauptsächlich um solche Positionen handeln, bei denen die Polen auch ihrerseits Einfuhrverbote gegen Deutschland verhängt haben.

Kabinettsumbildung in Tokio

Der japanische Innenminister Nakahaschi hat dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch überreicht. Er begründet sein Gesuch mit Gesundheitsrücksichten. Das Amt ist vom Ministerpräsidenten Inukai übernommen worden. Der Rücktritt zeigt die verschärfte politische Situation in Japan an.

Zucker-Zündholz-Monopol in Persien. Die persische Regierung hat ein Monopol für Zucker und Zündhölzer geschaffen.

Der 19jährige José Melgar, der am 6. März den peruanischen Präsidenten Cerro zu ermorden versuchte, ist am Dienstag durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Ein Helfershelfer wurde ebenfalls zum Tode verurteilt, ein weiterer erhielt 20 Jahre Gefängnis.

Der tolle März

Revolutionstage in Paris, Berlin und Wien / Geschldert von Fritz Rück

5. Fortsetzung

Aufstand der Arbeiter

Aber in derselben Nacht vom 13. auf den 14. März traten andere Massen auf die Bühne der Ereignisse. Die Arbeiter der Vorstädte, die durch Abgesandte von den Kämpfen in der Stadt erfahren hatten, verließen ihre Wohnhöhlen und begannen die Brandfackel ihrer Empörung anzuzünden.

Das Wiener Proletariat trat in die revolutionäre Bewegung nicht mit schönklingenden Phrasen, sondern durch einen ungeheuren Haßausbruch gegen seine Peiniger und Unterdrücker. Als solche sahen die Arbeiter neben dem Fürsten Metternich und der Hofkamarilla die Kapitalisten, von denen sie ausgebeutet wurden. In der Hölle des Frühkapitalismus war den Wiener Arbeitern ein besonders schreckliches Los zugefallen. Bei niedrigsten Hungerlöhnen und großer Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit waren sie allen Zufällen des erbitterten Konkurrenzkampfes ausgesetzt, den die emporstrebende Textilindustrie zu führen hatte. Jede neu eingeführte Maschine setzte viele Arbeiter aufs Pflaster, stieß sie ins Lumpenproletariat oder lieferte sie erbarmungslos dem Hungertod aus. So erzeugte die Not des Proletariats in den Wiener Vorstädten denselben Haß gegen die Maschinen, der zwanzig Jahre vorher in der englischen Chartistenbewegung eine so große Rolle gespielt hatte, und der die schlesischen Weber beseeelte, als sie ihren Fabrikanten auf den Leib rückten. In der Nacht vom 13. zum 14. März gingen in den Vorstädten Wiens eine ganze Anzahl von Fabriken in Flammen auf, die verhungerten Arbeiter stürmten Lebensmittelläden und richteten ihre Wut gegen alle öffentlichen Gebäude.

Bereits am ersten Tage des Kampfes zeigte sich in Wien die doppelte Front der Revolution. Im Kampfe gegen den Absolutismus gingen Arbeiter, Studenten und — sehr zaghaft — große Teile des Bürgertums zusammen. Aber immer war den Bürgern und auch einer großen Mehrheit der Studenten die Mitwirkung der Arbeiter unangenehm, und sie waren bereits im ersten Stadium der Revolution bereit, Bütteldienste gegen die rebellischen Arbeitermassen zu leisten. Auch in der Nacht vom 13. auf den 14. März schickte die Regierung nicht etwa Truppen gegen die Arbeiter, sondern Studenten- und Bürgerpatrouillen. Die meisten Opfer dieses Tages fielen nicht in der Innenstadt im Kampfe gegen das Metternichsche System, sondern wurden getötet von Nationalgardien oder Bürgermilitär vor den Toren. Nach dem 15. März setzte dann auch der Rachezug gegen die rebellierenden Arbeiter der Vororte mit voller Wucht ein.

Zwischen Konzessionen und Rüstungen

Und doch hatte die Erhebung der Arbeiter vor den Toren die Revolution im Innern der Stadt gerettet. Unter ihrem Eindruck gewährte der erschrockene Hof die ersten Konzessionen: Bewaffnung der Studenten und Abdankung Metternichs. Als die Regierung versuchte, die gesamte Bürgerwehr und alle Studenten gegen die Proletarier der Vorstädte zu schicken, stützten die Studenten und blieben innerhalb der befestigten Linien. Erst einmal draußen, war es ein leichtes, sie nicht mehr in die Stadt hereinzulassen und alle Zugeständnisse zurückzunehmen. Die wichtigsten Forderungen waren noch gar nicht bewilligt, weder Pressefreiheit noch eine Verfassung waren gewährt. Und die Militärbehörden warteten nur auf den Moment, wo sie ihren Haß gegen die revolutionäre Bewegung praktisch beweisen konnten. So sagte ein General zu einer Deputation, die militärische Hilfe für Meidling erbat: „Geht jetzt nach Hause, schlägt die Arbeiter tot und kommt dann herein, schließt euch uns Soldaten an und schlägt dann mit uns die Wiener Bürger zusammen.“

Ein Erlaß des niederösterreichischen Re-

gierungspräsidenten vom 14. März enthält folgenden Passus: „Es werden daher alle Haus- und Familienväter, alle Inhaber von Fabriken und Werkstätten aufgefordert, ihre Angehörigen und Untergebenen, insofern sie nicht zur regelmäßig bewaffneten Einwohnerwehr gehören, zu Hause zu halten, um die Menschenmenge auf den Straßen nicht zu vermehren...“ Trotzdem war die Stadt von Menschen erfüllt wie am Tage vorher. Vor dem Zeughaus drängten sich Angehörige aller Stände und wollten Waffen. Infolge des großen Andranges erhielten auch andere als

Studenten und Bürger Waffen ausgehändigt. Der Plan, in die Burg einzudringen und dort die Gwährung der Volkswünsche zu erzwingen, nahm immer greifbarere Gestalt an. Eine Deputation nach der anderen wurde in die Burg geschickt, um die Gewährung einer Konstitution zu verlangen. Durch kleine Zugeständnisse suchte die Regierung die Empörung zu dämpfen, während sie gleichzeitig ihre Rüstungen verstärkte. So wurde am Nachmittag die Errichtung einer Nationalgarde bekanntgegeben, kurz darauf jedoch der Erzreaktionär Windischgrätz zum Oberbe-

fehlshaber aller Truppen, das hieß in Wirklichkeit, zum Diktator von Wien ernannt. Windischgrätz war seit langem bekannt als eingefleischter, verbissener Reaktionär und hartnäckigster Gegner jedes Zugeständnisses an die liberalen Forderungen. Als die Nachricht von der Ernennung von Windischgrätz bekannt wurde, streiften sich die bewaffneten Wehrmänner die weiße Binde vom Arm. Nicht Friedensstifter, sondern entschlossene Kämpfer waren jetzt notwendig. Die Farbe der Studenten wurde das revolutionäre Rot.

(Weitere Artikel folgen.)

Verdorbene Wurst

Aus dem Struck-Prozeß

Aus Braunschweig wird berichtet:

In dem Prozeß gegen den Direktor der Fleischwarenfabrik Struck, der Zweigniederlassung des Karstadt-Konzerns in Giesmarode, Dr. Teitge, handelt es sich in der Hauptsache um die Frage, ob der Angeklagte von der Verarbeitung der schlechten Fleischwaren unterrichtet war und ob er dazu irgendwelche Anweisungen gegeben hat. Teitge lehnte in seiner Vernehmung alle Verantwortung ab, da er als kaufmännischer Direktor von technischen Betriebsfragen nichts verstanden habe. Er machte dafür den verstorbenen technischen Direktor Husemann verantwortlich.

Es stellte sich aber im Verlaufe der Zeugenvernehmung heraus, daß Teitge über die Verarbeitung der beanstandeten Fleischwaren gemeinschaftlich mit Husemann Anordnungen getroffen hat. Teitge erklärt, die schlechte Beschaffenheit des beschlagnahmten Specks,

der zu Wurst verarbeitet werden sollte, nicht gekannt zu haben. Er hält auch die beschlagnahmten 24 Kisten alter Schlackwurst für genießbar. Sie hätte zu Jauerschen Würstchen verarbeitet werden können. Die sachverständigen Zeugen aber, die bei der Beschlagnahme zugegen waren — es handelt sich um zwei Schlächtermeister —, waren anderer Ansicht, denn sie fanden

Würste, die mit Maden durchsetzt waren. Nach den Angaben von früher im Betriebe beschäftigt gewesenem Angestellten scheint auch der Nahrungsmittelchemiker Dr. Serger, der von der Firma Struck angestellt worden war, seine Aufgabe nicht immer richtig erfüllt zu haben. Die Meister wagten nichts mehr zu beanstanden, da sie befürchteten, auf die Straße gesetzt zu werden. So erging es einem Betriebsleiter, der den Direktoren wegen der schlechten Beschaffenheit der Waren Vorhaltungen gemacht hatte.

Verhinderte Märtyrer

Das „Attentat“ auf Hitlers D-Zug

Erfurt, 16. März 1932.

Der Schnellzug, mit dem Adolf Hitler, Frick und Goebbels am Dienstag nach Weimar zur Vernehmung vor den Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtages fuhrten, wurde bei der Station Kahla von unbekanntem Tätern beschossen. Kahla ist die dritte Station vor Jena, wo die nationalsozialistischen Führer den Zug verließen, um nach Weimar weiterzufahren. Die Tatsache, daß sie in diesem Schnellzug reisten, hat natürlich die Nazihelden, die sich allein im Mittelpunkt alles Weltgeschehens fühlen, veranlaßt, das Gerücht von einem „Attentat“ auf Hitler, Frick und Goebbels in die Welt zu setzen.

Die zuständige Reichsbahndirektion Erfurt hat nun sofort eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine Fensterscheibe eines Wagens III. Klasse durch eine Kugel zertrümmert worden. Reisende kamen dabei nicht zu Schaden. Der Tatort in der Nähe des Schützenhauses Kahla liegt völlig frei, und man hat auch bereits festgestellt, daß sich bei dem schönen Wetter gestern Nachmittag Ausflügler an dieser Stelle aufgehalten haben, von denen

keiner einen schußähnlichen Knall gehört haben will. Die weitere Untersuchung ist im Gange, es ist aber nach Lage der Dinge zweifelhaft, daß es sich nicht um ein vorsätzliches Attentat, sondern um eine der leider häufigen Beschießungen von Eisenbahnzügen oder auch vielleicht um eine verirrte Kugel handelt. —

Die Herren mit dem Märtyrer-Bedürfnis haben sich also wieder mal gründlich blamiert. Selbst das Goebbels-Blatt muß das verschämt zugeben.

Nazis zersetzen Reichswehr

In der sozialdemokratischen „Osthüringer Tribüne“ werden „von besonders gut informierter Stelle“ einige Dokumente wiedergegeben, die die Zersetzungsarbeit der Nationalsozialisten in der Reichswehr beweisen. Unter ihnen befindet sich der Bericht eines „Vertrauensmannes“, der sich über die nationalsozialistischen Zellen im Ausbildungsbataillon des 17. Infanterie-Regiments in Celle folgendermaßen äußert:

| „R.W.I.R.“ | Nr. 17 | Celle |
|-------------------|-----------------------|--------|
| Major Georgi | Nationalsozialist | sicher |
| Hptm. Sievers | Nationalsozialist | sicher |
| Hptm. Gieseler | behauptet, NS zu sein | |
| Obtln. v. Döring | national | |
| Obtln. Bandelow | ? | |
| Obtln. Brinkmann | ? | |
| Obtln. Petersen | behauptet, NS zu sein | |
| Ltnt. v. Bülow | national | |
| Ltnt. v. Kunowsky | Nationalsozialist | sicher |
| Ltnt. Mantius | Nationalsozialist | sicher |

Kasinogruß: „Heil!“

Mannschaften: zu 1/3 gut für uns R. VII/X (L. S.)

Abschrift genommen.
Geht zurück an R. VII bei Utgf. Süd
H. 9/3 31.“

Die hier genannten Offiziere repräsentieren den Gesamtbestand des Offizierkorps des Ausbildungsbataillons, mit Ausnahme eines Kompagnie-Chefs, des Hauptmanns Koch.

Regimentskommandeur ist jener Oberst Geyer in Braunschweig, der durch seinen Bericht an den Reichsinnenminister Groener über die von ihm nicht beobachteten nationalsozialistischen Ausschreitungen in der Stadt Braunschweig anlässlich des Nazi-Tages bekannt geworden ist.

Fünfzig Dörfer unter Wasser

Im Nordkaukasus

Tiflis, 16. März 1932.

Infolge außerordentlich starker Schneefälle in dem nordkaukasischen Gebirge und plötzlich einsetzenden Tauwetters, ist der Kuban-Fluß über seine Ufer getreten. Acht Bezirke sind überschwemmt, über fünfzig Dörfer unter Wasser gesetzt. Die Regierung hat unverzüglich Maßnahmen zur Bekämpfung der Ueberschwemmung und zum Abtransport der Bevölkerung aus den von der Katastrophe betroffenen Gebieten ergriffen. — Seit 50 Jahren hat man im Nordkaukasusgebiet derartig starke Schneefälle nicht mehr beobachten können.

Die bekannte indische Dichterin Frau Naldu ist zur Nachfolgerin des am Sonnabend verhafteten Präsidenten des Allindischen Kongresses Azad ernannt worden.

Volks-Sinfonie-Konzert

Berlin, 16. März 1932.

Das Städtische Volks-Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Furtwängler bot, zumindest im ersten Programmteil, leichte musikalische Kost: die Sinfonie B-Dur von Haydn und Till Eulenspiegels lustige Streiche von R. Strauß.

Haydns B-Dur-Sinfonie: ein musikalisches Brillantfeuerwerk. Raketen musikalischen Humors steigen auf, Lichtschlangen österreichischer Ausgelassenheit jagen dazwischen, vereinigen sich zu immer wieder neuen Motiven, die Motive gehen immer wieder neue Verbindungen ein, geben andere musikalische Bilder: ein Werk voller Ueerraschungen und Pointen. Und was für ein genialer Pyrotechniker dieser Furtwängler ist!

Till Eulenspiegels lustige Streiche ist wohl das beste von R. Strauß. Habt ihr den spindeldürren Narren mit dem spitzen Kinn, der langen Nase und den großen Zehenspitzen gesehen? Das ist ein Versteckspiel der Instrumente, eine Verhaltenheit, ein plötzliches, unerwartetes Dazwischenplatzen. Plötzlich ist die rote Zipfelmütze des Till verschwunden, dann ist sie wieder da, dann ist er ernst, und dann lacht er aus vollem Halse. Man fragt sich: war Eulenspiegel ein Narr oder waren die Menschen Narren, die sich vom einem begabten Schauspieler auf die Schippe nehmen ließen? Das Publikum am Dienstagabend schien sich gar nicht darum zu kümmern, denn der Beifall war überschwänglich.

Nach der Pause: Brahms, Sinfonie Nr. III F-Dur. Ganz und gar anders als Haydn und Strauß. Schwermütige Melancholie. Aus der romantischen Beeinflussung durch Schumann, die sich wohl in allen seinen Werken zeigt, hat er sich zu klassischer Klarheit durchgearbeitet. Furtwänglers Interpretation war phantastisch schön.

Den Veranstaltern dieser wirklichen Volkskonzerte (Eintritt 50 Pfennig, Programm frei) ist für ihre Initiative zu danken.

H. D.

JUNO 6 Stück **208**

